

Sachstandsbericht zum OV "Partner"

Die im Jahr 1986 begonnene Städtepartnerschaft zwischen dem westdeutschen Neunkirchen und dem ostdeutschen Lübben rief schon bei ihrer Unterzeichnung die Stasi auf den Plan. Später überwachte das MfS auch den Lübbener Bürgermeister Hellmuth Franzka im Operativen Vorgang (OV) „Partner“.

Wer kennt sie nicht: die Ortsschilder, die stolz auf Partnerstädte in Frankreich, Italien oder Österreich hinweisen. Dass es jedoch auch Partnerschaften über den Eisernen Vorhang hinweg gab, ist weniger bekannt – und oft waren diese engmaschig von der Stasi überwacht. Die Idee der Städtepartnerschaften entstand 1948, um nach den Weltkriegen Verständigung und Austausch zu fördern.

Zwischen der Bundesrepublik und der DDR blieb dies lange tabu, da Bonn die DDR nicht als eigenständigen Staat anerkennen wollte und Ost-Berlin unüberwindbare Bedingungen stellte. Erst 1985 kam überraschend Bewegung ins Spiel: Während eines Besuchs in Ost-Berlin erhielt der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine von Erich Honecker die Zusage für eine erste innerdeutsche Städtepartnerschaft. Saarlouis hatte sich ursprünglich Halberstadt als Partnerstadt gewünscht, doch Honecker bestimmte Eisenhüttenstadt – die „erste sozialistische Planstadt“. Am 25. April 1986 wurde die Partnerschaft besiegelt.

Erich Mielke (1907–2000), Minister für Staatssicherheit, war davon überzeugt, dass die zwischenmenschlichen Kontakte von westlichen Geheimdiensten zur Spionage ausgenutzt würden. Auch fürchtete er, dass westliche Sympathisierende die DDR-Opposition unterstützen oder Delegationsmitglieder im Rahmen ihrer Besuche aus der DDR sich kritisch über ihr eigenes Land äußern könnten.

Deshalb sicherte das Ministerium für Staatssicherheit die Städtepartnerschaften im Hintergrund ab und überwachte die persönlichen Begegnungen zwischen „Ostlern“ und „Westlern“ umfassend. Federführend bei dieser Überwachung war die Hauptabteilung XX und die ihr nachgeordneten Abteilungen in den Stasi-Bezirksverwaltungen. Die Hauptabteilung war für die Überwachung des Staatsapparates, der Kultur, der Kirchen und des sogenannten politischen Untergrunds zuständig. Die konkrete lokale Kontrolle in der DDR übernahmen die jeweils zuständigen Kreisdienststellen der Stasi.

Besonders stark im Fokus stand die Partnerschaft Neunkirchen–Lübben. Schon bei der Unterzeichnung 1986 kam es in Neunkirchen zu Protesten mit Parolen wie „Mauer = Mord“. Die Stasi sammelte Fotos dieser Aktionen und nahm den Lübbener Bürgermeister Hellmuth Franzka ins Visier, weil er ebenso wie sein Neunkircher Kollege Peter Neuber bewusst persönliche Kontakte jenseits des offiziellen Rahmens pflegte. Neuber reiste sogar heimlich einige Tage früher an, um mit Radsportfreunden in Lübben eine gemeinsame Ausfahrt zu unternehmen. Die Stasi fotografierte das private Rennen, setzte Gastgeber unter Druck und versuchte, solche Begegnungen zu verhindern. Doch Neuber ließ sich nicht beirren und schrieb später an seine Freunde in Lübben: „Mauern halten das Haus zusammen, ersetzen aber die Türen nicht. Die Mieter sollten sich überall im Haus treffen und feiern können, wo sie wollen – in Neunkirchen oder Treppendorf.“

Die Kreisdienststelle Lübben hatte zum Bürgermeister der eigenen Stadt den Operativen Vorgang „Partner“ angelegt. Im Februar 1988 verfasste sie einen Sachstandsbericht, eine Art Zwischenbericht, über die aktuellen Ermittlungen und schlug vor, das Dienstzimmer des Bürgermeister abzuhören.

Signatur: BArch, MfS, HA XX, Nr. 865, Bd. 1, Bl. 145

Metadaten

Datum: 10.2.1988

Überlieferungsform: Schriftgut

Sachstandsbericht zum OV "Partner"


BSU
000145

Kreisdienststelle Lübben Lübben, den 10.02.1988

Sachstandsbericht zum OV "Partner" VI/104/87

Ausgehend von der im Jahre 1986 abgeschlossenen Städtepartnerschaft zwischen Lübben und Neunkirchen/BRD wird im OV "Partner" VI/104/87 der Bürgermeister der Stadt Lübben, Franzka, Hellmuth gemäß § 219 StGB operativ bearbeitet.

Die Aktivitäten und Verhaltensweisen des Franzka weisen auf eine verstärkte Diskrepanz zwischen dem offiziell abgestimmten Grundsätzen und Zielen der Städtepartnerschaftlichen Vereinbarungen sowie seinen persönlichen Interessen und engen Beziehungen, insbesondere zum Oberbürgermeister Neuber, Peter auf. Es muß eingeschätzt werden, daß die inkonsequente Verhaltenslinie des Gen. Franzka die Position des Oberbürgermeister Neuber zum Unterlaufen bzw. nicht abgestimmten Erweiterung der Vereinbarungen des Rahmenprogramms unterstützt. Mangelnde Abgrenzung als Mitglied der SED und als Funktionär des Staatsapparates führen zu bereitwilligen Zugeständnissen an die Interessenlage und Verhandlungslinie des Oberbürgermeister Neuber und schaden somit der Zielstellung der Städtepartnerschaft, durch ausgewählte bilaterale kommunale Beziehungen einen Beitrag zur Friedenssicherung und Dialogpolitik der SED zu leisten. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen der politisch-operativen Bearbeitung des OV "Partner" finden im Dienstzimmer des Gen. Franzka wichtige Absprachen, Gespräche und Verhandlungen (darunter auch solche mit dem Oberbürgermeister Neuber) statt. Zur Erarbeitung weiterer operativbedeutsamer Informationen entsprechend der Zielstellung des OV wird vorgeschlagen, eine Maßnahme in Zusammenarbeit mit der Abt. 26 dort durchzuführen.

Leiter der Kreisdienststelle

Schuster
Oberstleutnant